

## NACHRICHTEN

Bombenexplosionen  
in Riga

RIGA: Bei zwei Explosionen in der Innenstadt von Riga sind am Donnerstagabend nach Angaben der Polizei über 20 Menschen verletzt worden. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, handelt es sich um einen Bombenanschlag. Die zwei Bomben seien im Abstand weniger Minuten in einem Kaufhaus detoniert, sagte Kristis Leiskalns. Unter den Verletzten ist auch der Leiter der Kriminalpolizei, Valdis Pumpers. Die Polizei glaubt nach eigenen Angaben jedoch nicht, dass der Anschlag ihm-gegolten habe. Über mögliche Hintergründe des Anschlags gab es zunächst keine Informationen. Seit der Unabhängigkeit Lettlands von der Sowjetunion im Jahr 1991 hat es in der Hauptstadt Riga eine Reihe von Bombenanschlägen gegeben. In den meisten Fällen vermutete die Polizei Auseinandersetzungen rivalisierender Verbrecherbanden.

Frauen dürfen in Kabul  
wieder backen

KABUL: Die von der UNO finanzierten Bäckereien für Frauen in der afghanischen Hauptstadt Kabul dürfen ihre Arbeit wieder aufnehmen. Ein Sprecher des UNO-Welt-ernährungsprogramms (WFP) sagte, die radikal-moslemische Taliban-Regierung habe die Schliessung am Donnerstag aufgehoben. Dies habe der Aussenminister der Taliban, Abdul Wakil Muttawakil in einem Treffen mit WFP-Vertretern mitgeteilt. Die Organisation hoffe, dass die Bäckereien heute Freitag wieder geöffnet werden können. Sie versorgen nach WFP-Angaben rund 34000 Witwen und Kinder, die zu den ärmsten Bewohnern der vom Bürgerkrieg zerstörten Stadt gehören. Damit können rund 360 Frauen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren trotz eines Erlasses der Taliban, nach dem Hilfsorganisationen der UNO und Nicht-Regierungsorganisationen keine afghanischen Frauen beschäftigen dürfen. Ausgenommen davon ist nur der Gesundheitssektor.

Erzbischof Tutu will  
künftig kürzer treten

KAPSTADT: Desmond Tutu, prominentester Geistlicher Südafrikas und Friedensnobelpreisträger, ist am Donnerstag nach einem zweijährigen US-Aufenthalt nach Hause zurückgekehrt. Bei einer Pressekonferenz in Kapstadt kündigte der 68-Jährige an, dass er künftig kürzer treten und seine öffentlichen Auftritte erheblich einschränken wolle. «Ich bin nach Hause gekommen, um mich auszuschlafen», scherzte er. Tutu hat in den beiden letzten Jahren an der Emory-Universität in Atlanta als Gastprofessor Theologie gelehrt. Ausserdem wurde er während dieser Zeit weiter gegen Prostatakrebs behandelt, der 1997 entdeckt worden war. Bis zum Herbst 1996 war Tutu anglikanischer Erzbischof in Südafrika. Danach übernahm er den Vorsitz der so genannten Wahrheitskommission, die Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid untersuchte.

Minenexplosion in  
Bosnien

SARAJEVO: Drei Personen, darunter ein Schweizer Minenexperte sind gestern in Bosnien bei einer Minenexplosion getötet worden. Sie hatten versucht, zwei Fischer zu bergen, die am Montag auf einem Minenfeld umgekommen waren, wie die UNO mitteilte. Der Unfall ereignete sich in der Nähe von Rogatica 40 Kilometer östlich von Sarajevo. Bei den Getöteten handelt es sich nach Angaben der UNO um zwei Minenexperten, einen Schweizer und einen bosnischen Serben sowie einen lokalen Polizeibeamten. Eine vierte Person, der Übersetzer, sei durch die Explosion schwer verletzt worden, sagte UNO-Sprecher Douglas Coffman. Schätzungen gehen davon aus, dass in Bosnien rund eine Million Minen auf 19000 Minenfeldern aus dem Krieg von 1992 bis 1995 verborgen liegen.

## Gore verteidigt das Weisse Haus

Parteitag der US-Demokraten - Vizekandidat Joseph Lieberman umjubelt

LOS ANGELES: Al Gore verteidigt für die Demokratische Partei der USA bei den Wahlen im November das Weisse Haus. Die Delegierten des Parteitages in Los Angeles nominierten den 52 Jahre alten Politiker offiziell zum Kandidaten.

Am Donnerstagabend wurde mit grosser Spannung die Antrittsrede erwartet, die den jetzigen Vizepräsidenten aus dem Schatten von Präsident Bill Clinton bringen soll. Er wolle den US-Wählern Alternativen aufzeigen, um das Land in die richtige Richtung zu bewegen, sagte Gore im Vorfeld der Rede.

Vor Gores Nominierung hatte Vize-Kandidat Joseph Lieberman am Mittwochabend (Ortszeit) in der

kalifornischen Metropole Beifall umrauscht versprochen, er werde «sein Letztes» für einen Sieg bei der Wahl geben. Die Zeit sei gekommen, noch verbliebene «Mauern der Diskriminierung» in den USA auf Grund von Rasse, Geschlecht oder sexueller Orientierung einzureissen, sagte Lieberman in seiner Rede. Gore sei der richtige Mann dazu, rief der Senator aus, dessen Frau Hadassah die Tochter von Holocaust-Überlebenden ist.

## Kampf für Umwelt

Lieberman versprach, im Fall eines Wahlsieges mit Gore zusammen den Umweltschutz zu verbessern, Familien mittleren Einkommens durch Steuererleichterungen zu entlasten, öffentliche Schulen zu fördern und die Gesundheitsversor-

gung für die alten Menschen zu verbessern. Ausdrücklich sprach er sich dafür aus, die Minderheitenförderung etwa in Form liberalerer Zulassungsbestimmungen an Universitäten beizubehalten, diese Regelung aber zu reformieren.

Frühere kritische Äusserungen Liebermans über die bisherige Form der Förderung hatten bei afroamerikanischen Demokraten Skepsis über die Eignung des Senators als Vize ausgelöst. Lieberman würdigte Gore in seiner mit vielen Seitenhieben auf die Republikaner gewürzten Rede als Mann der Vision, Werte, der Integrität und des Mutes.

Deshalb und wegen seiner Ehrlichkeit und seines Charakters müsse er der nächste US-Präsident werden. Der 58-jährige Senator ist der

erste jüdische Politiker in der Geschichte der USA, der für das Amt des Vize-Präsidenten nominiert worden ist. Gore wurde auf dem Parteitag unter anderem von seiner Tochter Karena Gore Schiff und dem Schauspieler Tommy Lee Jones, einem alten Studienfreund, offiziell als Spitzenkandidat vorgeschlagen. Die 27-jährige Karena beschrieb in ihrer Nominierungsrede Al Gore als liebevollen Vater.

Gore betrat nach der Rede seiner Tochter unangekündigt die Bühne, um sie zum Dank zu umarmen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung erreichte er mit den Stimmen der Delegierten aus Florida die notwendige Mehrheit und wurde schliesslich einstimmig nominiert. Die US-Präsidentschaftswahlen finden im November statt.

Airport von Bagdad offiziell  
wieder in Betrieb

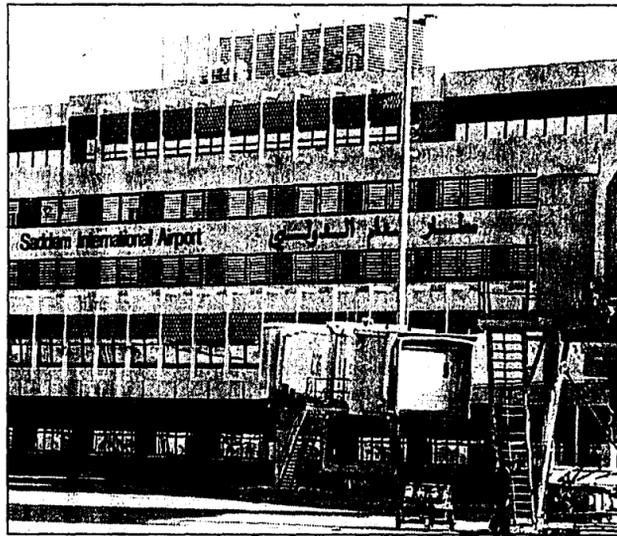
USA weisen Kritik an Sanktionen zurück

BAGDAD: Mehr als neun Jahre nach dem Krieg am Persischen Golf hat die irakische Regierung den Flughafen von Bagdad offiziell wieder eröffnet.

Der Saddam-International-Airport glich am Donnerstag allerdings einem Geisterflughafen: Es gab keine an- oder abfliegenden Maschinen, keine Fracht und keine Passagiere, die befördert wurden. Verkehrsminister Achmed Murtada Achmed Chail erklärte, der Flughafen sei nun wieder in Betrieb und die Regierung erwarte die Ankunft von Flugzeugen aus befreundeten Staaten; Einzelheiten nannte er nicht.

Das letzte zivile Flugzeug startete am 15. Januar 1991 wenige Stunden vor dem Beginn des von den USA und Grossbritannien angeführten Kriegs gegen Irak. Bagdad hatte seine Flugzeugflotte nach Jordanien, Tunesien und Iran verlegt, um sie vor den Angriffen zu schützen. Alle Bemühungen in den vergangenen Jahren, die Maschinen zurück nach Irak zu bringen, scheiterten; inzwischen dürften sie fluguntauglich sein.

In den vergangenen Jahre landeten nur vereinzelt internationale Hilfsflugzeuge auf dem Flughafen. Die Vereinten Nationen hatten 1990



Seit gestern ist der Flughafen von Bagdad wieder offiziell in Betrieb. An- oder abfliegende Maschinen gab es aber noch keine.

nach der irakischen Invasion in Kuwait umfassende Sanktionen gegen den Golfstaat verhängt.

Die USA wiesen unterdessen die Vorwürfe eines im Auftrag der UN erstellten Berichts des belgischen Völkerrechtlers Marc Bossuyt zurück, der die Sanktionen als widerrechtlich kritisiert hatte und von

einer «humanitären Katastrophe» schlimmsten Ausmasses gesprochen hatte. Der amerikanische UN-Botschafter in Genf, George Moose, erklärte, nicht die Sanktionen seien schuld am Leid der irakischen Bevölkerung, sondern die Politik des irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

Empörung in  
Spanien

Umstrittene Gedenkfeier für ETA-Terroristen

BILBAO/PALMA: Eine Gedenkfeier für einen ums Leben gekommenen Terroristen der baskischen Untergrundorganisation ETA hat in Spanien für grosse Empörung gesorgt. Der Leichnam von Patxi Rementeria soll im Rathaus seiner Geburtsstadt Markina nahe Bilbao aufgebahrt werden.

Eine solche Ehrung wird sonst nur Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Politikern oder Opfern von Terroranschlägen zuteil. Rementeria und drei Komplizen waren am 7. August bei der versehentlichen Explosion ihres mit Sprengstoff beladenen Autos in Bilbao getötet worden.

Dem 39-Jährigen werden mindestens 19 Anschläge mit vier Todesopfern zur Last gelegt. Die umstrittene Gedenkfeier wurde vom Gemeinderat Markinas beschlossen. Diesem gehört neben den gemässigten nationalistischen Parteien PNV

und EA auch die ETA-nahe Euskal Herritarrok (EH/Baskische Bürger) an.

Bürgermeister Angel Kariaga (PNV) erklärte, er habe nach Drohungen aus dem ETA-Umfeld zugestimmt: «Ich bin kein Held». Die regierende Volkspartei (PP) und die oppositionellen Sozialisten verurteilten die Ehrung als Beleidigung der Opfer des Terrorismus.

Unterdessen kam es im Baskenland zu neuen Gewalttaten mutmasslicher ETA-Anhänger. In Durango bei Bilbao zerstörten sie in der Nacht mit einer selbst gebastelten Bombe einen Bankautomaten, teilte die Polizei mit.

JOLO: Die Freilassung der Geiseln auf der philippinischen Insel Jolo verzögert sich weiter. Wegen eines Unwetters wurden die Verhandlungen verschoben. Vor Samstag wird deshalb nicht mit einer Freilassung der von Moslem-Rebellen festgehaltenen Geiseln gerechnet.

Die für Donnerstag geplante Freilassungen einiger Entführter platzten, weil nach offiziellen Angaben schlechtes Wetter Flüge auf der Insel Jolo verhinderten. Der philippinische Chefunterhändler Roberto Aventajado sagte am Donnerstag, er rechne für Samstag mit einem Ende des Nervenkriegs.

In letzter Minute wurde offenbar intensiv um die Übergabebedingungen gefeilscht. Dazu gehöre die Frage, woher das Lösegeld komme und wem es übergeben werde. Das alles sei sehr kompliziert, aber hoffnungsvoll, hiess es aus Verhandlungskreisen. In den Kreisen wurde

Kohl spricht  
auf CDU-Feier

BERLIN: Nach dem Streit um eine Rede von Altkanzler Helmut Kohl zum Jahrestag der deutschen Einheit stehen in der CDU die Zeichen auf Versöhnung. Wie die Partei gestern mitteilte, will Kohl nun gemeinsam mit CDU-Chefin Angela Merkel auf einer Einheitsfeier der Partei am 1. Oktober in Berlin als Redner auftreten. Anlass der Veranstaltung sei der zehnte Jahrestag des Vereinigungsparteitags der Christdemokraten. Kohl und Merkel hätten diesen Vorschlag in einem persönlichen Gespräch gemeinsam entwickelt und verabredet. Kohl hatte am Montag seine Teilnahme an der zentralen Einheitsfeier am 3. Oktober abgesagt. Damit reagierte er auf den Streit darüber, ob er bei dem Staatsakt in Dresden als Redner dabei sein solle. Zugleich gab Kohl aber auch der CDU-Führung einen Korb, die seine Verdienste um die Einheit auf einer eigenen Feier würdigen wollte. Er erklärte, ausser an einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung werde er «an keiner weiteren öffentlichen Versammlung» zum Jahrestag der Wiedervereinigung mitwirken. Die Ankündigung des gemeinsamen Auftritts von Kohl und Merkel am 1. Oktober stiess in der CDU auf Zustimmung.

Bald Ende des  
Nervenkrieges?

Freilassung der Geiseln frühestens Samstag

erneut bestritten, dass aus europäischen Ländern Lösegeld gezahlt werde. Unbestätigten Berichten zufolge soll Libyen bereit sein, rund 40 Millionen Franken Lösegeld zu zahlen.



Unter den Geiseln sind neben zwei Deutschen, drei Franzosen, zwei Finnen, zwei Südafrikaner, drei Malysier und ein Philippiner.